

# Plenarprotokoll der 103. Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtags am 23.10.2008

## Tagesordnungspunkt 2

### **NRW-Sozialticket einführen und durch Ausgleichsleistungen unterstützen – Mobilität für einkommensschwache Menschen sicherstellen!**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 14/7644)

In Verbindung mit:

Mobilität für alle – Sozialticket aktiv voranbringen!

Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 14/7664)

**Horst Becker** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Preise für Mobilität sind in den letzten Jahren extrem gestiegen. Sie sind, das sagt das Statistische Bundesamt jetzt just für den Monat September, in den letzten acht Jahren im ÖPNV mehr gestiegen als in der automobilen Welt.

Das wird von manchen gerne übersehen. Es wird gerne übersehen, dass die Preise in den letzten acht Jahren im Durchschnitt aller Tickets um mehr als 35 % erhöht wurden. Bei den verschiedenen Tickets stellt sich das im Einzelfall noch einmal unterschiedlich dar. So sind zum Beispiel die Preise für Jobtickets, aber auch für die Einzeltickets, um die es heute unter anderem in diesem Zusammenhang geht, teilweise noch stärker gestiegen.

Meine Damen und Herren, im VRR sind – bezogen auf die letzten drei Jahre – die Preise im Durchschnitt aller Tickets um knapp 13 % und im VRS sogar um über 15 % gestiegen.

Die Menschen, die sich diese Preise nicht mehr leisten können, werden immer mehr. In NRW erhalten nach dem Armutsbericht der Landesregierung inzwischen fast 2 Millionen Menschen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch.

Der Anspruch aber genau an diese Menschen, mobil zu sein, ist eher gewachsen. Das gilt für die Suche nach dem Arbeitsplatz. Das gilt ebenso bei einem sich verändernden Lebensmittelhandel beim Einkauf, bei einem sich verändernden Einzelhandel für die Randbereiche der großen Städte. Mobilität ist eine Grundbedingung für die Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Wenn man diese Fakten zur Kenntnis nimmt, kommt man an die Schnittstelle von Daseinsvorsorge, Umweltpolitik und ÖPNV-Politik zwangsläufig zu der Frage: Wie bekommen wir diese Menschen, wie bekommen wir die Frauen und Männer und teilweise auch die Familien bei diesen gestiegenen Preisen wieder zurück in den ÖPNV?

Wer sich anschaut, was dazu in den letzten Jahren an Antworten gegeben worden ist – es gibt einige Antworten –, der kann Folgendes finden: In Köln hat man das Köln-Ticket eingeführt, in Dortmund das Sozialticket. In Unna übrigens wird mit einer Mehrheit aus CDU, Grünen und FDP – nicht mit Mehrheiten aus SPD und Grünen wie in den beiden anderen Städten – das Ticket für Unna ins Leben gerufen – erstmalig in Nordrhein-Westfalen für einen Landkreis.

Man nimmt sich also in unterschiedlichen Farbkombinationen in unterschiedlichen Gebietskörperschaften der eben von mir erörterten Fragestellung an. Ich finde, auch wir sollten uns diesem Themenkomplex zuwenden und Antworten geben. Wir sollten auch deswegen Antworten geben, weil die Kommunen, die diese Antworten geben wollen, und weil die

Verkehrsverbände, die diese Antworten geben sollten, sich aber noch teilweise dagegen wehren, unsere Hilfe brauchen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nun will ich an dieser Stelle mit der Mär aufräumen, dass es gigantische Mehrkosten für die Verkehrsverbände geben würde. Wer sich die Nutzer- und Nutzerinnengruppen anschaut, der sieht, dass diese Nutzer- und Nutzerinnengruppen in der Regel eben nicht in den Hauptverkehrszeiten, insbesondere am Morgen in diesem Stoßverkehr, zu den Schulzeiten und zu den Arbeitszeiten fahren, sondern dass sie in der Regel dann fahren, wenn die Busse und Bahnen nicht voll ausgelastet sind. Wer das zur Kenntnis nimmt, der muss zur Kenntnis nehmen, dass wir uns bei dem Satz, den wir diesen Menschen abverlangen sollten, an dem orientieren sollten, was die Hartz-IV-Gesetzgebung für ihre Mobilität vorsieht, nämlich knappe 15 € im Monat.

Auch wenn wir in unserem Antrag keine Vorgabe für die Bepreisung gemacht haben – denn das wollen wir schon den Kommunen überlassen, und in Köln ist das anders als in Dortmund und in Unna –, wollen wir, dass wir in gleicher Höhe bezuschussen, wie wir das an anderen Stellen tun, zum Beispiel beim Semesterticket.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Wenn man das will, meine Damen und Herren, dann muss man auch die entsprechenden Haushaltsmittel in die Hand nehmen. Nach unseren Berechnungen aus den Erfahrungen in Dortmund und an anderen Stellen kommen wir tatsächlich zu einem Betrag von 30 Millionen € im Jahr. Darüber werden wir uns im Ausschuss unterhalten und streiten können.

Das ist übrigens bei ansonsten großer Nähe und großer Einigkeit ein Punkt, den wir im Zusammenhang mit unseren Anträgen unter uns diskutieren müssen. Denn wenn die SPD das tatsächlich auf 40 % deckeln wollte, lägen Sie oberhalb der heutigen Sätze in Köln und Dortmund. Das wollen wir nicht. Ich meine, darüber müssten Sie zusammen mit uns und anderen noch einmal nachdenken.

Meine Bitte an CDU und FDP ist also: Lehnen Sie unseren Antrag nicht ab, sondern kommen Sie zusammen mit uns in den Beratungen des Ausschusses zu einem guten Ergebnis für die Menschen, die das brauchen, und für eine vernünftige, auch zugunsten der Umwelt ordentlich organisierte Mobilität. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das komplette Plenarprotokoll finden Sie unter: <http://www.landtag.nrw.de>